

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

14 (3.4.1947)

Falsch v. Bad. Volkstimme

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 14

Mannheim, 3. April 1947

Preis 15 Pfg.

Um das tägliche Brot

In der Landtagsdebatte über die Ernährungslage sprach in der Sitzung vom 28. März 1947 der kommunistische Abgeordnete

Julius Schätzle

„Es wäre falsch, wenn man nicht die ganze Schwere unserer Ernährungslage in aller Öffentlichkeit behandeln wollte. Nichts verbittert die Bevölkerung mehr, als große Versprechungen wie im Herbst letzten Jahres, die dann nicht eingehalten werden können.“

Unsere Reserven an Brotgetreide sind nahezu aufgebraucht. In den Monaten Mai, Juni und Juli sind wir völlig von Zufuhren abhängig. Die Beihischung von Mais und Gerste zum Brot bedeutet eine weitere Verschlechterung. Hinzu kommt die Senkung der Käseration, der Fett- und der Kartoffelmangel.

Auf dem Papier erhalten wir immer noch 1550 Kalorien. In der Tat schwankt der Kalorienwert um 1000.

Milch- und Fettwirtschaft

In Verbindung mit der Fettversorgung ist die Milchwirtschaft der Engpaß unserer Ernährung, dem wir größte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Durch die Verbindung mit der britischen Zone waren wir gezwungen, unsere Fettration um $\frac{1}{4}$ zu kürzen. Aber auch selbst diese Hungerration ist noch nicht gesichert.

Auch wir sind der Auffassung, wie der Herr Minister Stooß, daß in der britischen Zone nicht alles ausgenutzt ist für ihre Eigenversorgung. Wir konnten z. B. in Württemberg-Baden trotz aller Kohlennot erreichen, daß unsere Fettversorgungs- betriebe auch in den letzten Mona-

ten arbeiten konnten, während verschiedene Molkereien in Oldenburg geschlossen wurden. Bei uns lieferten die Bauern 93% ab, in der britischen Zone 66-74%.

Aber auch bei uns sind noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Wenn wir erfahren, daß im Landesdurchschnitt nur 2,9 Liter Milch pro Kuh abgeliefert werden, so muß man sagen, daß die Dauer unhaltbare Verhältnisse sind.

Die Verringerung des Viehbestandes ist eine sehr zweischneidige Angelegenheit. Der deutsche Boden ist nun einmal kein Getreideboden. Ohne Zufuhr von Nährstoffen läßt seine Fruchtbarkeit sehr stark nach. Ohne genügend Viehstand wird in kurzer Zeit der Anfall von Stallmist durchaus ungenügend sein. Leider wird bei den heutigen Schlachtungen

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Badische Volkstimme — Badisches Volksecho

In den elf Monaten ihres Erscheinens hat die „Badische Volkstimme“ ein Echo in weiten Kreisen der Bevölkerung gefunden. Trotz ihrer geringen Möglichkeiten genießt sie das Vertrauen des Volkes, das sie als seine Zeitung betrachtet.

Verschiedene Umstände veranlassen uns, den bisherigen vertraut gewordenen Namen zu ändern. Die „Badische Volkstimme“ ist zum

„Badischen Volksecho“ geworden, und wird auch unter dem neuen Namen wie bisher weiterwirken

gegen die Feinde des Volkes, gegen die Feinde der Demokratie, gegen Nazismus und Reaktion, für die Ueberwindung der deutschen Katastrophe, für den Neuaufbau unseres Landes, für die Einheit der Arbeiterparteien, für die Einheit der Nation, für den demokratischen Aufbruch unseres Volkes.

Wir werden nicht nachlassen in unserem schonungslosen Kampf gegen die Volksfeinde und Reaktionäre aller Schattierungen, nicht nur in der Politik und in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft und im täglichen Leben.

Das „Badische Volksecho“ („Badische Volkstimme“) ist heute nicht mehr aus dem öffentlichen Leben Nordbadens wegzudenken, obgleich es sehr stark in allem behindert ist, was zur Herstellung einer Zeitung notwendig ist. Die 1933 durch die Nazis beschlagnahmten Druckmaschinen sind noch nicht in die Hände derer zurückgegeben, welche die unerbittlichsten Kämpfer gegen den Nazismus waren und sind. Wir hoffen und fordern, daß recht bald ein Wiedergutmachungsgesetz in Kraft tritt, welches das Unrecht des Nazisystems aufhebt und den Berechtigten ihr Eigentum zurückgibt.

„Freiheit der Presse“ ist eine der grundlegenden Parolen und Forderungen der Demokratie. Doch wie kann hiervon die Rede sein, wenn die politischen Parteien aus dem ihnen zur Verfügung stehenden geringen Papierkontingent lediglich ein Blatt herausbringen dürfen, das nach Größe, Umfang, Inhalt und Auflage den stärksten Beschränkungen unterworfen ist. Die Freiheit der Presse bleibt so lange ein leeres Wort, als die den Arbeiterparteien geraubten Druckereien nicht zurückgegeben sind und die Mitteilungsblätter der Parteien in kleinem Format kein Papier erhalten, um mit der sogenannten lizenzierten Presse in freien Wettbewerb zu treten.

Das „Badische Volksecho“ schreitet unbeirrt weiter auf dem Wege, der durch unzählige Vertrauensbeweise aus allen Kreisen der Bevölkerung als der richtige erwiesen ist, bis zu jenem Zeitpunkt, da uns wahre Pressefreiheit ermöglicht, das zu sein, was wir heute noch nicht sein dürfen: eine richtige Zeitung, eine echte Zeitung des Volkes!

Proteste gegen ungenügende Rationen

Fulmina-Arbeiter fordern 40-Stundenwoche

Im Namen ihrer Belegschaft fordern die Betriebsräte der „Fulmina“, Friedrichsfeld:

Durchführung der vierzigstündigen Arbeitswoche und zwar mindestens solange, bis ein täglich garantierter Mindestsatz von 1800 Kalorien erreicht ist.

Begründung

„Nachdem uns seit Monaten immer wieder versichert wurde, daß die Ernährungslage eine Besserung erfahren soll, ist entgegen allen Hoffnungen eine erneute wesentliche Kürzung der Rationen vorgenommen worden. Einerlei, ob nun Streiks in den USA, die Kälte oder Transportschwierigkeiten die Ursache sind, müssen wir feststellen, daß es beim besten Willen nicht mehr möglich ist, mit den neuerlich gekürzten Rationen die 48-Stundenwoche aufrecht zu erhalten. Da der tägliche Satz von 1550 Kalorien, in längerer Zeitdauer gewährt, schon nur zum Schlafen ausreicht, ist es unter den abermals verschlechterten Zuteilungen unverantwortlich, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zu befürworten, ohne dadurch schwerste, nie wieder gutzumachende gesundheitliche Schädigungen heraufzubeschwören. Die Folgen wären für alle Beteiligten unübersehbar.“

Delegation der Lanzarbeiter beim Städtetag

Bei der am Samstag, 29. März 1947, durchgeführten Tagung der Städte wurde eine Delegation der Belegschaft der Firma Lanz vorstellig. Die Arbeiter trugen dem Oberbürgermeister von Mannheim, der die Delegation empfing, ihre Forderungen vor und zwar verlangten sie:

Bildung von Kontrollausschüssen zur besseren Erfassung und gerechten Verteilung der Lebensmittel unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

Schärfste Bekämpfung des Schwarzhandels und strengste Bestrafung der Saboteure unserer Lebensmittelversorgung. In schweren Fällen Aussprechung der Todesstrafe.

Belegschaft von Frankl & Kirchner protestiert gegen Rationskürzung

In einer Entschließung der Belegschaft heißt es, daß die Arbeiter trotz unzureichender Ernährung alle eigensüchtigen Interessen zurückgestellt haben, um am Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft mitzuhelfen. Nach Ueberwindung eines unbeschreiblich harten Winters sind wir am Ende unserer Kraft angelangt. Die erneuten Kürzungen lassen einen körperlichen Zusammenbruch eines jeden einzelnen befürchten.

Die Ernährungsschwierigkeiten liegen zum größten Teil in der Erfassung und Lenkung und die Belegschaft fordert deshalb:

1. Gerechte Verteilung der vorhandenen Konsumgüter,
2. Schärfstes Vorgehen gegen Schieber und Schwarzhändler (Fodsstrafe),
3. Einschaltung der Gewerkschaft in allen diesbezüglichen Fragen (Mitbestimmung und Ueberwachung),
4. Verbot jeglichen Kompensationsgeschäfts.

Die Belegschaft fordert weiter, daß alle Parteien, unter Zurückstellung egoistischer Parteinteressen, sich dafür einsetzen, daß die Forderungen zur Abwendung der Ernährungskatastrophe durchgesetzt werden.

Entschließung der Belegschaft der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg

Der Abzug von Fett und Fleisch löst, so stellt die Belegschaftsversammlung fest, größte Sorge um die weitere Lebenserhaltung der Bevölkerung aus. Sie bleibt nicht ohne Folgen auf den Gesundheitszustand des Volkes. Zur Vermeidung weiteren Anstiegs dieser katastrophalen Ernährungsverhältnisse fordert die Belegschaft:

- Kontrolle der Verteilung der Lebensmittel, schärfste Maßnahmen gegen die großen Schieber.
- Bildung der längstgeforderten Ernährungs- und Preiskontrollausschüsse unter Hinzuziehung der Gewerkschaft.

Siegreicher Streik in Stuttgart

4000 Arbeiter der Bosch-Werke in Stuttgart protestierten durch einen Streik gegen die Anordnung des Gewerbeaufsichtsamtes, daß die Lebensmittelzulagekarten nur noch für eine

48stündige Arbeitszeit ausgegeben werden. Nachdem durch die zuständigen Stellen versichert wurde, daß die Zulagekarte auch bei 45stündiger Arbeitszeit gewährt wird, hat die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus allen Teilen Süd- und Westdeutschlands werden täglich neue Kundgebungen der Arbeiterschaft gegen die katastrophale Ernährungslage gemeldet.

Im Westen Deutschlands ist es bereits zu riesigen Hungerdemonstrationen und sogar umfangreichen Streiks gekommen. In Essen demonstrierten 60 000 Menschen, in Wuppertal 100 000, in Düsseldorf 150 000. In Rheinhausen, Köln, Aachen fanden Demonstrationen statt. In Bielefeld streikten 10 000 Arbeiter aus 25 Betrieben.

Der Hunger hat die Arbeiter auf die Straße und in den Streik getrieben. Die Ernährungspolitik unserer Behörden und verantwortlichen Regierungen ist restlos bankrott.

Ist es nicht bezeichnend, daß ein hoher britischer Beamter erklären muß, daß große Mengen eingeführter Lebensmittel auf dem Wege von dem Hafen ins Ruhrgebiet spurlos verschwunden sind. Genau so spurlos verschwinden auch große Teile der in Deutschland erzeugten Nahrungsmittel in den schwarzen Kanälen.

Unser Volk ist von einer Katastrophe größten Ausmaßes bedroht, wenn es nicht gelingt, die in den zahlreichen Entschließungen der Belegschaften aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

Diese vordringlichsten Forderungen sind: Erfassung und gerechte Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel, Schaffung von Kontrollausschüssen, in denen die Gewerkschaften maßgeblich vertreten sein müssen, schärfste Bekämpfung des Schiebertums und Schwarzhandels.

Auch die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter im Betrieb ist eine wichtige Forderung, ohne die dem Schwarzhandel und dem Verschieben von Lebensmitteln gegen Industrieprodukte zugunsten der kapitalstarken Schieber nicht beizukommen ist.

Die Arbeiterschaft wird ihre Forderung nur durchsetzen und die Katastrophe abwenden können, wenn sie einig ist, wenn die Arbeiter aller Parteirichtungen und insbesondere die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zusammenhalten und zusammen kämpfen.

Bopp & Reuther

Einst Nazi-Hochburg! - Jetzt...?

Das zweieinhalb Meter große Hakenkreuz, das 12 Jahre lang die Gesinnung der Geschäftsleitung vom Wasserturm der Fabrik aus weithin sichtbar machte...

Die nazistische Gesinnung nach außen hin war somit durch die Initiative der Arbeiterschaft erledigt. Daß sich die Herren auch im Innern bekehrt haben...

Um den Arbeitern das Gift des Nazismus besser einträufeln zu können, baute man einen großen Speise- und Versammlungssaal. „Dies ist euer Heim, hier sollt ihr euch wohlfühlen“...

1947. Eine demokratische Partei benötigt den Saal. Herr Schmelzer, der neue Geschäftsführer der Firma Bopp & Reuther erklärt zwei Betriebsräten im Beisein des Betriebsvorsitzenden...

Antwort der Militärregierung: Die Firma kann den Saal ohne Genehmigung der Militärregierung vermieten.

Antwort von Herrn Schmelzer: Vom Standpunkt der Überparteilichkeit aus kann der Saal an politische Parteien nicht abgegeben werden.

Wir fragen Sie, Herr Schmelzer: Ist die Zusage am ersten Tag erfolgt, weil Sie glaubten, die Militärregierung würde die Vermietung ablehnen?

Ist Ihre nachträgliche ablehnende Antwort nicht eine Stellungnahme gegen die demokratische Partei, die ja von der nazistischen Geschäftsführung Ihres Werkes jahrzehntelang aufs bitterste verfolgt und bekämpft wurde?

Hängt dies alles auch mit den Mißhandlungen der Kriegsgefangenen bei der Firma Bopp & Reuther zusammen?

Hängt es mit unserer Forderung wegen der Öffnung des Durchganges zur Altrheinstraße zusammen? Sie nannten den Artikelschreiber einen Schmierfinken?

Hängt es gar mit der Forderung eines Betriebsrates zusammen, endlich mal das „Eiserne Kreuz“ am Fabriкеingang zu entfernen? Sie erklärten, das eiserne Kreuz sei ein christliches Kreuz.

Oder ist ein Zusammenhang mit dem jüngsten Sprößling der Firma Reuther?

Fritzchen ist doch der Hoffnung, daß die beiden kommunistischen Betriebsräte bei den nächsten Wahlen „fliegen“? Glauben Sie das auch?

Viele haben an Hitler geglaubt, jedoch was wir glauben das wird Wahrheit — — —

Kaum zu glauben - aber wahr

Der Augsburger Stadtrat kann sich, trotz allem Geschrei gegen die Preußen, sehr schlecht von den siegstrotzenden Straßenbezeichnungen trennen. Mit knapper Mehrheit lehnte die CDU die Umbenennung zweier Straßen nach den Namen Clemens Högg und Hans Beimler ab...

32,5 Proz. der Wuppertaler Volksschüler besitzen kein Bett, 16 Prozent können den Unterricht nicht besuchen, da sie keine Schuhe besitzen und 17 Prozent fehlen durchschnittlich wegen Krankheit.

34 000 Naziagenten, die in aller Welt (1932-1945) für das „Hitlerregime“ arbeiteten, konnte der demokratische Senator Kilgore auf einer Liste namentlich feststellen.

Ein Hamsterlager mit 14 000 Paar Seidenstrümpfen, 500 Paar Kinderschuh, 600 Meter Stoff, 2000 Schlüpfen, 800 Unterhemden und 300 Kleidern wurden vom bayerischen Wirtschaftsamt in Koburg beschlagnahmt.

Ein politisch Verfolgter, Hugo Schütze, von Beruf Metzger, z. Z. als Hilfsarbeiter mit einem Stundenlohn von 0,75 RM tätig, Vater von fünf Kindern unter 14 Jahren, wohnt in Mosbach, Gartenweg 2, in einer Behelfs-laube mit ca. 25 qm Wohnfläche ohne Möbel primitiv wie ein Urnensch. Schütze war zweimal im KZ für 22 Monate aus politischen Gründen inhaftiert.

Ein ehem. Pg, Herr Dr. Schach, Direktor der Ziegelei in Billigheim, Kreis Mosbach, Jungeselle mit dem entsprechenden Gehalt, bewohnt z. Z. in Billigheim in der Ziegelei eine Wohnung von vier luxuriösen Zimmern, Küche, Bad und einer Diele.

Aus aller Welt

- 12 000 Tote sind im Jahre 1946 auf Grund der Unruhen in Indien zu beklagen.
24 000 deutsche Wissenschaftler, die in der deutschen Kriegsindustrie tätig waren, sollen der amerikanischen Industrie zugeführt werden.
In Formosa befindet sich der größte Teil des Landes unter der Kontrolle der demokratischen Aufständischen. Sie fordern politische und wirtschaftliche Reformen und sind entschlossen, bis zum Aeußersten gegen Tschiangkai-schek zu kämpfen, wenn dieser die Reformen nicht gewährt.
Zwanzig Studenten wurden auf Formosa hingerichtet und zweihundert bekannte Persönlichkeiten von den Regierungstruppen Tschiangkai-scheks verhaftet.
Streikverbot für Angestellte im öffentlichen Dienst im Staate New

York spricht ein im Senat angenommener Gesetzentwurf mit 35 gegen 16 Stimmen aus.

Deutschland Rundschau

- Im Landtag der Mark Brandenburg wurde ein Gesetz gutgeheißen, nach dem alle ehemaligen nominellen Mitglieder der NSDAP, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, wieder als völlig gleichberechtigte Bürger gelten sollen.
Mangelnde Intelligenz wirft der britische Kommissar den deutschen Behörden bei der Verteilung des Kohlenkontingents vor.
Die Regierung ist nicht vom Vertrauen des Landtages abhängig, heißt es im Verfassungsentwurf für Südwürttemberg-Hohenzollern. KPD-, SPD- und DVP- Abgeordnete haben den Verfassungsausschuß verlassen, weil die CDU ihr reaktionäres Ver-

Rüstet zum Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Baden, am 19./20. April 1947 in Mannheim-Neckarau, Volkshaus.

Um das tägliche Brot (Fortsetzung von Seite 1)

zu bürokratisch vorgegangen, und die Verringerung des Viehbestandes nicht ausgenutzt, um weniger wertvolles Vieh auszumerzen.

Erhaltung der Arbeitskraft gefährdet

Durch die dauernde Unterbilanz in der Ernährung sind wir an dem Punkt angelangt, wo es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes, wo es um die Erhaltung unserer wertvollen Arbeitskraft geht. Sie ist der einzige reale Faktor, mit dem wir beim Wiederaufbau rechnen können.

Wir haben erst gestern erleben müssen, daß auf Grund einer völlig unbegreiflichen Anordnung, welche den Arbeitern die dringend notwendigen Zulagen entziehen will, 6000 Bosch-Arbeiter in den Streik treten mußten.

Wo bleibt der Ausweg?

Es gibt keinen großangelegten Anbau- und Verteilungsplan, der mit den Bauern auf demokratischer Grundlage in den einzelnen Dörfern durchgesprochen worden wäre. Es gibt zwar eine Menge Verordnungen, Erlassungen, Verfügungen und Verbote, die dem Bauern ins Haus geschneit kommen.

Es gibt sogar Androhungen von Gewaltmaßnahmen durch Herrn Dietrich, aber eine wirkliche Hilfe für den Bauern bedeutet alles dies nicht. Zu sehr geht man noch die alten ausgefahrenen Wege des Reichsnährstandes und versucht vom grünen Tisch aus die Ernährungslage zu lösen.

Die Bodenreform

An der Bodenreform scheiden sich die Kräfte des Fortschritts von jenen, die versuchen, im alten Gleise weiterzumachen. Wir müssen aber von denen, die sich heute zum demokratischen Staat bekennen, verlangen, daß es nicht bei einem Lippenbekenntnis bleibt, sondern daß sie durch die Tat ihre demokratische Gesinnung beweisen, indem sie mithelfen, die Forderung der Neubürger und der landarmen Bauern nach Boden zu erfüllen, indem sie mithelfen, daß die Pächter endlich Eigentümer

des Landes werden, das sie schon seit Generationen bearbeiten.

Die Lage auf dem Lande

Unsere Bauern sind heute in einer ähnlichen Lage wie die Arbeiter und Angestellten in der Stadt, denn genau so wie bei dem Arbeiter der Lohnstopp, so wurde der Preisstopp bei den Erzeugerpreisen des Landwirts eingehalten, während auf der anderen Seite die Lebensmittelpreise für den Städter und die Industriepreise für den Landmann gewaltig gestiegen sind.

Bei einem gleichbleibenden Getreidepreis in den letzten Jahrzehnten stieg der Brotpreis trotz Verschlechterung der Qualität pro Kilo von 22 Pfennig auf 40 Pfennig.

Verkauft der Bauer ein Stück Vieh, so muß er zuerst lange Zeit auf sein Geld warten und zweitens wird ihm ein erheblicher Teil davon durch alle möglichen Abgaben abgezogen.

Ist er dagegen gezwungen, sich Nutzvieh zu kaufen, so muß er dafür ein vielfaches bezahlen von dem, was er für sein Schlachtvieh bekam. Wenn hier keine Aenderung eintritt, dann wird der Bauer noch mehr schwarz schlachten.

Mangel an Arbeitskräften

Es klingt zwar etwas paradox, wenn man in dem überfüllten Deutschland von einem Mangel an Arbeitskräften spricht und doch wird diese Klage auf dem Lande immer lauter.

Es ist aber absurd, wenn man, wie an verschiedenen staatlichen Stellen den Neubürgern vorwirft, sie hätten keine Lust zu arbeiten.

Arbeitswillig sind sie schon, aber man kann ihnen nicht zumuten, daß sie um ein Vesper und ein Tages Trinkgeld von 1 Mark arbeiten.

Auch dem Landarbeiter muß ein Lohn zustehen, der ihm die Möglichkeit gibt, eine Familie zu gründen und ein eigenes Familienleben zu führen. Kann das nicht erreicht werden, dann wird die Landwirtschaft ewig über Arbeitsmangel klagen.

Notwendige Schritte

Wir leben heute immer noch von der Hand in den Mund und unser bürokratischer Apparat sieht den einzigen Ausweg in immer neuen Zwangsmaßnahmen gegen die schaffenden Bauern und fortwährenden Bitten an die Alliierten.

Demgegenüber schlagen wir vor: Ueber alle Zonengrenzen hinweg muß an Stelle der Zwangswirtschaft sofort ein Versorgungsplan für die ganze Bevölkerung geschaffen werden. Diese Pläne sollen aber nicht von der Bürokratie diktiert, sondern unter der Mitwirkung der Betriebsräte, der Gewerkschaften und der gewählten Bauernausschüsse festgesetzt werden.

Dem Bauern muß ein tragbares Abfertigungssoll gestellt werden, während er über die dieses Soll hinausgehende Produktion frei verfügen kann.

Ein Prämiensystem in der Form von Industrieerzeugnissen soll die Bauern anregen, diese freie Spitze möglichst zu vergrößern.

Eine maximale Bodenausnutzung muß durch den Uebergang zur gärtnerischen Bodenbearbeitung erreicht werden, um das Aeußerste aus dem Boden herauszuholen und dadurch die Lebensmittelführungen zu vermindern und eine höhere Verschuldung des deutschen Volkes zu vermeiden.

Mordfall Böse vor dem Landtag

Am Freitag, den 27. März, stand im Landtag die große Anfrage der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen betr. der Ermordung der drei Mannheimer Einwohner durch den SS-Hauptsturmführer Böse zur Verhandlung.

Nach einer kurzen Begründung durch den Abgeordneten Ritter (KPD) beantwortete der Justizminister Beyerle diese große Anfrage:

Justizminister rechtfertigt das Urteil
Unter den empörten Zwischenrufen sozialdemokratischer und kommunistischer Abgeordneter versuchte der Justizminister eine Rechtfertigung dieses Urteils zu geben und berief sich dabei auf das formale Recht der Gesetzgebung.

Böse, so erklärte der Justizminister, konnte nicht wegen Mord oder gar vorsätzlichem Mord angeklagt werden, weil er auf Befehl gehandelt habe. Die Anklage mußte deshalb vom Staatsanwalt auf Totschlag lauten und hier schreibt das Gesetz ein Strafmaß bis zu fünf Jahren Gefängnis vor.

Ein Richter könne keineswegs nach politischen Gesichtspunkten, sondern müsse nach dem Gesetz handeln und urteilen.

Cahn-Garnier (SPD)
bezeichnete das Urteil als einen Fehlspruch. Es liegt Mord vor. Dieses Urteil muß aufgehoben werden.

Jakob Ritter (KPD)
sprach für die kommunistische Fraktion.

„Ich hatte bei der Beantwortung der großen Anfrage durch den Justizminister die Empfindung, als habe er eine

Verteidigungsrede für den Mörder Böse

gehalten. Die letzten Schreckentage, in denen der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ihr Ende fand, sind noch in aller Erinnerung. Wir wissen, je näher das Ende dieses Systems herannahe, desto grausamer und unbarmherziger wüteten seine Träger. In diesen Tagen gab es in Mannheim keinen Menschen mehr, der nicht eingesehen hätte, daß jeder Widerstand nutzlos ist. In den Vororten Mannheims standen bereits die amerikanischen Truppen. Nur ein einziger, der SS-Hauptsturmführer Böse, „kämpfte bis zum Letzten“, indem er drei aufrechte Arbeiter ermordete, weil sie angeblich auf dem Hochhaus in N 7 eine weiße Fahne gehißt haben sollten:

Wegen dieser Mordtat stand Böse und seine zwei Helfershelfer vor der Mannheimer Strafkammer und fand

milde Richter.
Er wurde bekanntlich zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Schandurteil steht nicht vereinzelt da, so daß man etwa sagen könnte, es sei ein Fehlurteil. Man muß sehen, daß hier ein ganz bestimmtes System vorliegt.

Ist es nicht

eine Schande ersten Ranges,
wenn deutsche Richter den Erzbürgermörder Tillessen mit der Begründung freisprechen, daß ein nationalsozialistisches Amnestiegesetz eine Verurteilung nicht zulasse. Und so geht es wie ein roter Faden durch die Entwicklung Deutschlands und zeigt, wie

Reaktion und Nationalsozialismus versuchen, wieder Oberwasser zu bekommen.

Die Bombenattentate in Stuttgart, in Nürnberg, die Schandurteile in Mannheim, Freiburg und Heidelberg, die aufgedeckte Untergrundbewegung mit der Verhaftung national-

sozialistischer und militaristischer Aktivisten beweisen am besten, wohin wir kommen, wenn nicht mit starker Hand eingegriffen wird. Denn die Urteile, die bisher gefällt wurden, sind geradezu

Freibriefe für Militaristen und Nazi-Aktivisten.

Sie werden dadurch immer wieder ermuntert, neue Schandtaten zu begehen.

Worauf stützt sich nun der Urteilspruch und auch der Herr Justizminister im Mordfall Böse. Er stützt sich erstens auf die Tatsache, daß das derzeit gegebene Recht keine Grundlage biete, um eine andere als streng formale Verurteilung zu finden. Und zweitens auf den Schieß-erlaß Himmlers, der vorsah, daß jede männliche Person vom 14. bis 60. Lebensjahre zu erschließen sei, der in einem Hause angetroffen wird, auf dem eine weiße Fahne gehißt sei.

Abgesehen davon, daß man die Begründung und Anwendung des formalen Rechts nicht anerkennen kann, weil dadurch die politischen Gesichtspunkte außer acht bleiben,

Skandalöses Urteil der Spruchkammer Darmstadt-Lager

Protest der KPD Eberbach.
Bekanntlich wurde der frühere Prokurist der Chemischen Werke Stöhs vor der Spruchkammer Mosbach in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und auf zwei Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen. In der Verhandlung wurde darauf hingewiesen, welche aktive Rolle der Sohn

Erich Pleisser
in der Nazibewegung Eberbachs, besonders in der SS, deren Führer er war, gespielt hat.

Erich Pleisser wurde im Sommer 1945 als ehemaliger SS-Sturmführer von der Besatzungsbehörde in Haft genommen und befand sich zuletzt im Lager Darmstadt. Größte Empörung löst nun für die Eberbacher Bevölkerung die Nachricht aus, daß Pleisser in einem Verfahren vor der **Spruchkammer des Lagers Darmstadt** verhandelt und ihm eine Sühne von 500 Mk. mit zweijähriger Bewährungsfrist auferlegt wurde.

Befremdend wirkt, daß der öffentliche Kläger es noch nicht einmal für notwendig hielt, die an der Durchführung dieses Verfahrens interessierten Kreise in Eberbach in Kenntnis zu setzen. Die nur in geringer Zahl geladenen Zeugen sollen hauptsächlich aus ehemaligen NS-Kreisen genommen worden sein, so daß absolut der Eindruck berechtigt ist, daß dieses Verfahren möglichst schnell und ohne Aufsehen abgewickelt werden sollte.

Wir sind nochmal davongekommen

Wir fahren noch heute in Luxuswagen, in Maybach, Buick und Mercedes. Wir dürfen nur Uniformen nicht tragen. Die Störung in unserem Wohlbehagen ist unangenehm, doch geht es.

Die prachtvollen Villen am Tegernsee Sie bleiben uns gottlob erhalten. Zentrale Beheizung zum Fünf-Uhr-Tee, Ein Rudel Lakaien in brauner Livree, Noch alles „all right“ und beim alten.

Wir sitzen in hohen und höchsten Stellen Und scheffeln Riesengehälter. Die Butter, Eier, Speck und Sardellen Die liefern uns alte, ergebene Quellen. Auch Weine aus erster Kelter.

Wir tünchen das restliche deutsche Land Mit rein demokratischem Kleister Und streuen die Augen der Welt voll Sand Für Dekorationen, das ist bekannt, Gibt's nirgendwo größere Meister.

Einst zitterten wir vor des Volkes Wut. Uns klapperten sämtliche Glieder. Jetzt ist gewiß, daß man uns nichts tut, Schon regt sich der alte Uebermut, Nun freut uns das Leben wieder.

Die vielen Gegner von einst und heute Sie hungern, frieren und gehen zu Fuß Und schippen den Schutt, die braven Leute Sie waren damals und jetzt unsre Beute. Wir hatten, haben und halten das Plus.

muß man auch ablehnen, daß dem Mörder deshalb mildernde Umstände zugebilligt werden, weil er den Mord auf Befehl ausgeführt habe.

Dieses Urteil rief bei der Mannheimer Arbeiterschaft tiefe Empörung hervor, welche ihren Ausdruck in einer Protestkundgebung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und in vielen Forderungen fand. Genosse Ritter verliest diese Forderungen und fährt fort:

Man stelle die Geduld des Volkes, insbesondere die Arbeiterschaft, nicht auf eine allzu harte Probe.

Die verantwortliche Regierung hat die Pflicht und die volle Verantwortung, und infolgedessen die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, daß solche Schandurteile unmöglich und dem nationalsozialistischen Treiben ein Ende bereitet wird. Keinesfalls ist die Arbeiterschaft gesonnen, diesem Treiben länger tatenlos zuzusehen. Alles hat seine Grenzen und wenn die Regierung nicht in der Lage ist, Demokratie und Fortschritt zu sichern, so wird die geeinte Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen um dies zu tun.

Jugend und Spruchkammer

Dieser Tage erreichte uns ein Brief von der Mutter eines ehemaligen HJ-Angehörigen, der bezeichnend ist für die Lage der heutigen Jugend. Wir geben den Brief in den wichtigsten Teilen wieder.

Warum quält man die jungen Leute so mit der Spruchkammer? Ich kann es nicht mehr mit ansehen, wie mein Bub leidet. War er doch ein dummer Junge, als Hitler ans Ruder kam. Was wußte er vom Nationalsozialismus, so wenig wie ich. Nur dem großen Tam-Tam ist die Jugend zum Opfer gefallen. Jeder Junge freute sich, wenn er befördert wurde. Er war aber nachher in Politik genau noch so dumm wie vorher. Daß man diese Jungen später als sogenannte „Blockleiter“ usw. nahm, war klar, arbeiten mußten sie für die Partei! Wenn man aber junge Leute, die 1933 zwischen 18-19 Jahre alt waren und nur den anderen in ihrem Unverstand nachliefen, in der Zeitung bringt wie Verbrecher, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie durch diese Kränkung in eine Widerstandsbewegung geraten, uns Eltern zur größten Sorge. Laßt die Jugend laufen, macht keine so langen Konferenzen auf der Spruch-

kammer. Die Jugend wäre glücklich und wäre schon längst auf eurer Seite.
Wir verstehen sehr gut die Sorgen dieser Mutter und die Lage der Jugend. Deshalb fordern wir Kommunisten auch immer und immer wieder: Beschleunigung der Spruchkammerverfahren gegen die „Kleinen“ und vor allem beschleunigte Erledigung der Jugendfälle.
Damit nehmen wir nicht nur vielen Müttern eine seelische Last ab, sondern verhindern auch, daß die Jugend in falscher Konsequenz sich in die Hände von verbrecherischen „Untergründern“ begibt. Wir geben dann der Jugend neue Hoffnung und eine neue Zukunft.

Betriebsratswahlen!

Für die immer wieder verzögerten Betriebsratswahlen wurde nun ein endgültiger Termin vom württembergisch-badischen Gewerkschaftsbund festgesetzt.

Vom 8. bis 24. April Aufstellung der Kandidaten

in Betriebsversammlungen, an denen alle Belegschaftsmitglieder eines Betriebes teilnehmen. Es wird eine Liste aufgestellt, in der auch die Angestellten, Frauen und Jugendlichen des Betriebes entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. Die Zahl der aufgestellten Kandidaten muß größer sein, als die Zahl der zu wählenden Betriebsräte. Die Namen der Kandidaten werden in alphabetischer Reihenfolge in der Liste aufgeführt.

Vom 2. bis 14. Mai Wahl der Betriebsräte

durch geheime Abstimmung im Betrieb. Die Betriebsratswahlen entscheiden, welche Kollegen im Jahre 1947 die Interessen der Belegschaft wahrneh-

Gedenktage DER WOCHE

- 3. 4. 1940 Ernst Heilmann, soz. Parteiführer, im KZ ermordet.
- 1918 Landung deutscher Truppen in Finnland zur Niederwerfung der Revolution.
- 1897 Johannes Brahms, Komp., gestorben.
- 6. 4. 1941 Ueberfall der Hitlerarmeen auf Jugoslawien und Griechenland.
- 1917 Oppositionskonferenz in Gotha, Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD).
- 1878 Erich Mühsam geboren.
- 1848 Erste Arbeiterversammlung in Berlin.
- 1528 Albrecht Dürer, Maler, gestorben.
- 7. 4. 1936 Fritz Heckert, Mitbegründer der KPD, in Moskau gest.
- 1919 Ausrufung der Räterepublik in Bayern.
- 1875 Georg Herwegh, Dichter, gestorben.
- 1870 Gustav Landauer geboren.
- 7. 4. 1772 Charles Fourier, utopischer Sozialist, geboren.
- 8. 4. 1835 Wilhelm von Humboldt, Humanist, gestorben.
- 9. 4. 1945 Dietrich Bonhoeffer, Theologe, von Gestapo ermordet.
- 1940 Dänemark und Norwegen fallen der Hitleraggression zum Opfer.
- 9. 4. 1865 Ende des amerik. Bürgerkrieges zwischen Nord- und Südstaaten.

???

Wie wir erfahren, lagern in Mannheim mehrere Hundert Tonnen Trockeneipulver, die, obwohl schon öfters die Ausgabe von den maßgebenden Stellen gefordert wurde, zurückgehalten werden. Auf welche Veranlassung und von wem? Ein erneuter Vorschlag, für Ostern den Erwachsenen 1 Ei, zuzüglich Trockeneipulver, und den Kindern 2 Eier zu geben, wurde von dem Ernährungsdiktator und Großgrundbesitzer Dr. Dietrich unter Assistenz seines Herrn Schlange-Schönungen abgelehnt, während andererseits für Bayern die Ausgabe von vier Eiern vorgesehen ist.

Wir erwarten Aufklärung, Herr Ernährungsminister!!!

Unter der Lupe

46000 Zigarren beschlagnahmt

In der Nacht vom 24. auf 25. d. M. wurde von der Polizei ein Auto mit 46000 Zigarren und außerdem Wein und Schnaps sichergestellt. Die Ware wurde von der Kripo am 26. März dem Wirtschaftsamt Pforzheim übergeben und lagert nun da. Die Zigarren sind unversteuert und kommen von Karlsruhe.

Ich frage, ist es nicht ein Hohn, daß man den Schaffenden die Raucherkarte einbehält mit dem Vorwand, die Fabriken haben infolge Stromsperre nicht gearbeitet, während die Fabrikanten die Ware unversteuert verschoben.

Bei einem Steuersatz von 25 Pfg. bedeutet dies allein einen Betrag von RM 11500, die dem Staat entzogen werden. Hat man aber schon einmal gehört, daß eine Fabrik geschlossen wurde? Dies wird bekanntlich mit einem Strafmandat beigelegt.

Nach meiner Ansicht gehört die Fabrik ausfindig gemacht und durch die Tagespresse bekannt gegeben und vor allem die Hintermänner dieser Schieberaktion gehören hinter Schloß und Riegel.

Heidelberg-Kirchheim

Ernährungsabotage oder Geschäftsunfähigkeit
Bei dem im Stadtteil Kirchheim als besonders gut christlich bekannten CDU-Vertreter, Bäckermeister

Martin Gärtner, sind nach bei uns eingegangener Nachricht erhebliche Mengen von Mehl, man spricht von mehr als 10 Ztr., vollkommen verdorben, so daß das Mehl nur noch zu Futterzwecken Verwendung finden kann.

Wegen dieses Vorkommnisses wurde Bäckermeister Gärtner vom Landeswirtschaftsamt mit 500 Mark Strafe belegt.

Statt die Geschäftsfähigkeit des Bäckermeisters zu überprüfen, ob unter der heutigen Ernährungsnotlage derselben noch weiterhin Lebensmittelvorräte zur Verarbeitung und zum Verkauf überlassen werden können, hat man diesem nun noch das Backen von Kranken-Weißbrot übertragen.

Das Urteil hierüber überlassen wir der hungernden Bevölkerung. Von den zuständigen Behörden aber erwarten wir eine klare Stellungnahme.

Schriesheim

Nach dem Umsturz wurde der Antifaschist und politische Verfolgte

Heinrich Steinmetz

als kommissarischer Bürgermeister von Großsachsen eingesetzt. Auf Grund einer üblen Hetze seitens reaktionärer Kreise, an ihrer Spitze der heutige Ratschreiber J. H. O., gelang es endlich, fußend auf einem aufgebauten Lügengewebe, Steinmetz in ein Verfahren vor das Amtsgericht Weinheim zu zerfen, das ihm am 8. August 1946 wegen angeblichem Betrugsversuch, Unterschlagung und Amtsanmaßung zu 10 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilte.

Gegen dieses Urteil fand am 18. März vor der Strafkammer des Landgerichts Mannheim die Berufungsverhandlung statt. Diese ergab einwandfrei, daß Steinmetz die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen nicht begangen hat. Er wurde deshalb in sämtlichen Punkten freigesprochen. Ebenso einwandfrei wurde aber auch festgestellt, daß verwerfliches Strebertum und politische Intrigen gegen den antifaschistischen früheren Bürgermeister Steinmetz das Motiv zu dem verleumderischen Hetzfeldzug waren. Sehr mysteriös mutet allerdings die Rolle des Amtsgerichts Weinheim an, dessen amtierender Richter sich nicht scheute, Steinmetz schon vor der Urteilsverkündung als Verbrecher zu bezeichnen, eine richterliche Amtsausübung, wie wir sie zur Genüge von den nazistischen Zweifelsgestalten der Sondergerichte kennen.

Gerichtlich ist die volle Rehabilitation dieses aufrechten Antifaschisten erfolgt, wo bleibt nun die verwaltungsmäßige?

Das Wort hat nun der Landrat!

Pforzheim

Infolge verschiedener Umstände wurde der bisherige

Polizeidirektor Brand

in den Wartestand versetzt. Diese Maßnahme erregte ziemliches Aufsehen, und auch im Stadtrat kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache. In dieser Sitzung erklärte die Stadtverwaltung u. a., daß Herr Brand selbst ein-

Bauernfeindliches Siedlungsgesetz

Aus der Rede des Abg. Julius Schätzle im württembergisch-badischen Landtag

Das vom Länderrat beschlossene und vom württemberg-badischen Staatsministerium sanktionierte „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform“ ist absolut ungenügend und zum Teil bauernfeindlich.

Es wirkt in den Maßnahmen gegen die Mittelbauern unsozial und undemokratisch.

Nach dem Gesetz sollen auch Bauern, deren Hof einem Einheitswert von 20000 Reichsmark entspricht, zur Landabgabe herangezogen werden. Ein mittlerer Hof würde also durch diese Bestimmungen bereits 2% seines Landes abgeben müssen. Wir sind der Auffassung, daß niemand dazu berechtigt ist, dem schaffenden Bauern seine an und für sich schmale Basis noch weiter zu kürzen. Dagegen sollte die Auffassung in Deutschland Allgemeingut werden: das Land gehört nur dem, der es bearbeitet.

Adeliger Großgrundbesitz in Württemberg-Baden

Man sage nicht, es gäbe keinen wirklichen Großgrundbesitz in Württemberg-Baden. Ich erinnere nur an die Besitzungen der

Fürsten Höhenlohe-Öhringen mit 5087 ha
Bad. Ständeherrschaft Salem mit 5253 ha
Herzog Albrecht v. Würtbg. mit 10233 ha
Fürst von Fürstenberg mit 16374 ha
Fürst von Thurn und Taxis 17085 ha

Junkerland in Bauernhand

Eine Aenderung dieser Besitzverhältnisse ist aber nicht nur für die Sicherung der Demokratie und des Friedens notwendig, sondern muß auch geschehen, um die Intensivierung des Anbaus zu erreichen.

Die alte Mär, daß aus den Großbetrieben mehr herausgewirtschaftet

wird, dürfte bei unseren Bauern keinen allzu großen Glauben mehr finden.

Manchmal wurde auch schon vor 1933 ein Großgrundbesitz in Bauernsiedlungen umgewandelt und die dort gesammelten Erfahrungen sprechen eine deutliche Sprache. So berichtet Herr Dr. Kaube von seinen Erfahrungen aus dem Osten, wohl gemerkt vor 1933, von einem aufgeteilten Gut, das folgende Erträge aufwies:

Erträge pro Hektar:	
	früh. Gutsländ. Bauernsiedlg.
Weizen	18,2 dz 25,66 dz
Hafer	14,1 dz 21,5 dz
Gerste	19,6 dz 21,3 dz
Roggen	19,0 dz 18,6 dz

Auch hier zeigt sich, außer bei Roggen, die Ueberlegenheit der intensiver bewirtschafteten Bauernbetriebe.

Schutz und Hilfe den kleinen Pächtern

Besonders dringend ist eine Klärung der Besitzverhältnisse bei unseren Pächtern, die oft seit Generationen den Zins an ihre Herren abliefern und nie die Möglichkeit hatten, ein freier Bauer zu werden.

Für den Hektar Boden werden 100,- bis 200,- RM Pachtzins verlangt. Pflanz der Bauer auf diesem Hektar Weizen, dann erntet er ca. 20 dz und bekommt bei dem heutigen Preis dafür 400,- RM. Von diesem Erlös bezahlt er mindestens 100,- RM Zins, d. h. 25%, während selbst im Mittelalter der Raubritter sich mit dem „Zehnten“ begnügen mußte.

Dabei sind diese Pächter heute einer neuen Gefahr ausgesetzt. Einige Grundbesitzer, die ihre Güter im Osten verloren haben, kommen jetzt zurück auf ihre Stammsitze

und hatte seine Finger in einer sehr üblen Sterilisations-Angelegenheit. Leider gelang es ihm nicht, bei Aufstellung des Volksturms an erster Stelle die Naziherrschaft zu verteidigen. Daß sein Sohn als würdiger Vertreter seines Vaters, HJ-Führer und Offiziersbewerber bei der Wehrmacht war, sei nur am Rande vermerkt.

Die Postagentur Werbach wurde im Jahre 1936, obwohl seinerzeit Schwerkrriegsbeschädigte als Bewerber auftraten, dem Nazianhänger Alois Vath mit Hilfe des obengenannten Ratschreibers und des Zellenleiters Liebler übertragen. Obwohl Vath das Eintrittsdatum zur NSDAP, wohl aus Vergeßlichkeit, für das Jahr 1941 eintrug, gibt es doch in Werbach genügend Leute, die sich noch gut erinnern, daß Vath im Jahre 1933 in einem Beleidigungsprozeß Knapp contra Banzer als Zeuge der beklagten Partei unter Eid bestätigte, daß er Parteimitglied wäre und daß er anlässlich der Judenaktion die Verteilung der Möbel aus jüdischem Besitz leitete.

Wie lange hält die Oberpostdirektion diesen Nazi noch für würdig, die Postagentur zu führen, oder zählt auch er zu den unersetzlichen „Fachkräften“? Warum erhielt er bis heute seitens des Bürgermeisters noch keine Flüchtlinge?

Bretten

Zu der am 10. 3. stattgefundenen Versammlung im „Badischen Hof“, in der der Entnazifizierungsminister Kamm vor Spruchkammerbeisitzern, Fraktionsführern, Bürgermeistern usw. sprach, erschien auch als Vertreter des Finanzamts Bruchsal der bis heute noch nicht entnazifizierte ehemalige

Pg. Zellenleiter Ruf. Sind bei dem Finanzamt Bretten nur ehemalige Mitglieder der NSDAP, das es nicht in der Lage ist, einen Unbelasteten als seinen Vertreter zu entsenden?

Unterreichenbach

Bei dem als aktiven Pg. bekannten Gastwirt

Sommer

ist, wie ja überall, Wein, besonders für Kranke, nicht zu haben. Wer beschreibt aber das Erstaunen des Gemeinderats, als er anlässlich der Wohnungssuche für Ostflüchtlinge in den letzten Tagen plötzlich in die Wirtsstube dieses Herrn Sommer in die wein-feuchtfrohliche Runde ehemaliger Pg's und Unternehmer hineinschnitt.

Wahrscheinlich unterhielten sich diese Herrschaften über die für sie doch immerhin noch ungeklärten, wenn auch nicht trostlosen Zukunftsaussichten.

und versuchen dort ihren alten Pächtern zu kündigen oder die Pachtverträge nicht mehr zu erneuern.

Wir sind deshalb nicht der Auffassung des Herrn Ministers Stooß, daß der Schutz für die Pächter später aufgelockert werden kann, denn auf diese Weise würden viele Pächter um ihre Existenz gebracht.

Stadt und Land Hand in Hand Und der Hunger wird gebannt

Der Ablieferungswille unserer Bauern ist im allgemeinen nicht schlecht. Es gibt zwar solche Außenseiter wie den Herrn von Weil, der an Stelle von 150 dz Kartoffelablieferungssoll nur 3,5 dz abgelieferte, und dazu noch als Schwarzschlächter zur Rechenschaft gezogen werden mußte.

Die Ablieferung könnte aber noch gesteigert werden, wenn der Landwirt im Interesse seines Betriebes nicht gezwungen wäre, seinen Bedarf an Industrieerzeugnissen auf dem grauen oder schwarzen Markt zu decken.

Mit Hofbegehungen auf dem Lande ist es nicht getan. Erfolg kann nur bringen, wenn durch die gleichzeitige Kontrolle der Industrie und des Handels der Bauer die Garantie bekommt, daß er auf legalem Wege seine Produkte erhält. Wir unterstreichen daher die Entschließung des Bauernvereins Waiblingen vom 14. 2. 47, in der es heißt: Wir fordern deshalb die maßgebenden Stellen auf, solange diese gebundene Wirtschaft im Aufstandes willen notwendig ist, diese nicht nur auf einen Berufsstand, die Landwirtschaft, in Anwendung zu bringen, sondern in derselben Form auf Industrie, Handel und Gewerbe anzuwenden.

Unsere nächste Nummer erscheint am Freitag, 11. April 1947.

Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung

ist nicht möglich auf der Grundlage der alten Politik sowohl der SPD als auch der KPD. Die geschichtlichen Erfahrungen und die neuen Bedingungen in Deutschland erfordern eine neue Grundlage, wie sie in den

Grundsätzen und Zielen und in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen worden ist.

Aus der Entschließung zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD

Die Grundsätze und Ziele der SED

sind das Thema unseres nächsten allgemeinen

Schulungstages

der in allen Ortsgruppen als Vorbereitung zu unserem Bezirksparteitag am 19. und 20. April in Mannheim durchgeführt werden soll. Das Schulungsmaterial kann von den Kreisleitungen angefordert werden.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10, Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Dr. ma- strich- Par- hat- Fri- well- lan- Sta- bild- kra- wu- und- star- Ges- tant- Par- ters- Am- bote- I- will- noch- her- anie- sche- siall- N- auf- ein- Regi- But- Pfu- Gera- Ziga- U- ferte- Geo- ste- die